



## Gegen Gesinnungsdiktate von der Kanzel

### Kirchen sind keine Parteien und sollten sich nicht zu allem und jedem äussern.

**Michael Meier**

Politiker setzen sich Tag für Tag mit Sachfragen auseinander. Ihre Schlüsse daraus müssen sie in der Arena von Parlamenten und Exekutiven begründen. Verständlich, dass sich manche von ihnen über Pfarrer ärgern, die sonntags von der Kanzel herab pfaffenfertige Politparolen verkünden – oft mit Berufung auf eine höhere Macht oder das Evangelium. Dabei haben Pfarrer meist gar nicht die Zeit, Dossiers à fond zu studieren. Sie müssen ihre Meinungen auch nicht vor Stimmbürgern verantworten, die sie wiederwählen sollen. Ihre Gesinnungsparolen ex cathedra bleiben unwidersprochen.

Aus solchen Irritationen heraus haben namhafte Theologen und Nationalräte den Thinktank «Kirche/Politik» gegründet, wie wir letzte Woche berichteten. Kritische Kirchenvertreter sind nun ihrerseits irritiert, ja empört, man wolle ihnen einen Maulkorb verpassen, sie zum Schweigen bringen. Nein, die Einmischung in die Politik liessen sie sich nicht nehmen, kontern sie trotzig.

Dabei haben Vertreter des Thinktanks ausdrücklich erklärt, den Kirchen nicht das politische Wort verbieten zu wollen. Nicht das Ob stellen sie infrage, sondern das Wie. Theologieprofessor Ralph Kunz, Mitglied des Thinktanks, beklagt auf der Plattform Ref.ch, dass Kirchen zu «Meinungsmaschinen» geworden sind und eine «Schlagwortpolitik» betreiben. Ihre moraldurchtränkten Parolen werden nicht selten zum Gesinnungsdiktat, das Debatten und Kontroversen zum vornherein ausschliesst.

Das ist der Fall, wenn die Zürcher Synodalratspräsidentin Franziska Driessen erklärt, man könne als Christ nicht SVP wählen, oder wenn Natalie Rickli wegen ihres Ja zu No Billag das Katholischsein abgesprochen wird.

Kann es aus christlicher Perspektive zu politischen Fragen jeweils nur eine Haltung geben? Zwingt einem das christliche Gewissen, Sozialdetektive oder beschleunigte Asylverfahren abzulehnen, wie es hiesige Kirchenleute dekretieren? Kirchen sind keine Parteien und sollten sich nicht zu allem und jedem äussern. Wohl aber dann, wenn die Menschenwürde auf dem Spiel steht – wie bei der Frage der Waffenexporte in Bürgerkriegsländer.

Als Mitinitiant des Thinktanks hat CVP-Präsident Gerhard Pfister in dieser Zeitung wohlthuend erklärt, dass es nicht Aufgabe der CVP sei, den Bischöfen zu helfen, ihr allfälliges Nein zur Ehe für alle umzusetzen. Viele stossen sich nun an Pfisters Aussage, es sei illegitim, im politischen Diskurs mit biblischen Normen zu argumentieren, aus dem Evangelium und den Heiligen Schriften tagespolitische Empfehlungen abzuleiten.

Längst ist das heute eine Erkenntnis auch der Biblexegeten oder Politologen. Sonst wären auch die Evangelikalen im Recht, die unter Trump oder Bolsonaro mit der Bibel in der Hand Politik machen. Sonst wäre der Churer Bischof Vitus Huonder tatsächlich legitimiert, sich auf das alttestamentliche Buch Levitikus zu berufen, für das Homosexualität ein Gräuel ist und mit dem Tod bestraft werden muss. Die Bibel, das ist eben nicht nur der liebe Jesus, der für die Schwachen Partei ergreift. Beim Islam haben wir

das längst erkannt. Der Islamismus lehrt uns Distanz zum Koran, weil die Berufung auf seine gewaltlegitimierenden Verse schrecklichste Folgen haben kann.

Gut, dass jetzt ein Thinktank solche Themen aufgreift und eine differenzierte Debattenkultur anmahnt. Dazu gehört laut dem Mitglied Maja Ingold, dass Kirchen nicht nur gesinnungsethisch argumentieren, sondern auch verantwortungsethisch die jeweils beste politische Option für das Gemeinwohl abschätzen.

Die EVP-Nationalrätin moniert zu Recht, dass die Kirchen in der säkularisierten Gesellschaft kein Wächteramt mehr beanspruchen können, sondern vielmehr in Expertenorganisationen ethisches Basiswissen für politische Entscheide präsentieren sollen. Das leisteten früher die sozialethischen Kommissionen von Bischofskonferenz und Evangelischem Kirchenbund. Personell ausgedünnt, sind sie heute leider kaum mehr vernehmbar. Mit der Folge, dass Pfarrerherren und -damen gern auf eigene Faust von der Kanzel herab politisieren.